

Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung durch Gold-Tagebergbau in Guatemala

Der Fall der Goldmine Marlin im westlichen Hochland Guatemalas hat seit Ende 2004 internationale Schlagzeilen gemacht. Nach 36 Jahren blutigem Bürgerkrieg hat die guatemaltekische Regierung 1996 endlich ein Friedensabkommen unterzeichnet. Unbemerkt von der Öffentlichkeit wurde ein Jahr später das Bergbaugesetz reformiert und damit das Land für ausländische Direktinvestitionen geöffnet. Dabei bestehen schwere Defizite hinsichtlich Umweltverträglichkeitsprüfung, Beteiligung der Bevölkerung, Rechte indigener Völker und Steuerzahlungen an die Regierung.

So erhielt 2003 die kanadisch-US-amerikanische Firma *Glamis Gold* eine Lizenz zum Abbau von Gold und Silber auf 20 km² im Departement San Marcos. Die lokale Bevölkerung der Mam und Sipakapenser, die von den berühmten Maya-Indígenas abstammt, wusste nichts von der Vergabe der Schürf- und Abbaurechte auf ihrem Land, obwohl die Firma behauptete, sie habe die Einheimischen vorab informiert. Dafür erhielt Glamis Gold einen 45 Mio. US-\$-Kredit von der Weltbank-Tochter International Finance Corporation (IFC), was einem Gütesiegel internationaler Kreditwürdigkeit entspricht.

Die guatemaltekische Regierung hat sich 1996 mit Ratifizierung der ILO-Konvention 169 dazu verpflichtet, die indigene Bevölkerung vor Projekten, die sie betreffen, zu informieren und nach ihrer Meinung zu befragen. Im Fall der Goldmine Marlin wurde gegen diese völkerrechtliche Verpflichtung eindeutig verstoßen: Die lokale Bevölkerung erfuhr erst langsam und mit Beginn der Schürf- und Bauarbeiten von dem sie bedrohenden Projekt, das ihnen laut Regierung Wohlstand und Entwicklung verspricht. Doch in Wahrheit erhebt die Regierung nur 1% Steuern auf den Goldbergbau, von denen noch die Hälfte zentral einbehalten wird. Somit kommen letztlich nur 0,5% vor Ort an, während die Bergbaufirma 99% ins Ausland transferiert. Im sogenannten „Projekt Marlin“ sollen nach Angaben von Montana, der guatemaltekischen Tochterfirma von Glamis, binnen 11 Jahren 2,2 Mio. Feinunzen Gold und 34 Mio. Feinunzen Silber abgebaut werden – Mengen, die von unabhängigen Bergbauexperten, Kirche und lokalen Indígena-Organisationen auf ein Vielfaches höher geschätzt werden.

Das Projekt Marlin der Firma Montana ist die erste Goldmine (in jüngerer Zeit) in Guatemala. Über 320 weitere Untersuchungs- und Abbau-Lizenzen sind beantragt; 96 Minen mit Goldvorkommen sind bekannt¹. Derzeit gibt es 125 Konzessionen für Untersuchungen (*Exploración*), davon 84 für Metall-Abbau. Für Abbau (*Explotación*) sind derzeit 247 Lizenzen auf einer Fläche von 676,58 km² (1% des nationalen Territoriums) gültig². Diese Konzessionsgebiete überlappen sich häufig mit Naturschutzgebieten.

Die Ankunft der Goldmine hat Unruhe in das vom Bürgerkrieg geschüttelte Hochland gebracht: Versprechungen von Arbeitsplätzen, die nur teilweise und für wenige etwas besser qualifizierte eingelöst wurden. Militär wird zum Schutz der Sprengungen eingesetzt; dazu kommen private Wachdienste. Am 11. Januar 2005 setzte die Regierung rund 1300 Polizisten und Militärs ein, um mit brutaler Gewalt eine über 40-tägige friedliche Straßenblockade durch die Bevölkerung bei Sololá aufzulösen und die Passage einer Turbine für die Goldmine Marlin in San Marcos zu forcieren. Dabei wurden hunderte Menschen verletzt und der indianische Bürger Raúl Castro getötet; er hinterlässt Frau und 7 kleine Kinder, deren Entschädigung bis heute ungeklärt ist. Im März 2005 wurde bei einem Streit ein lokaler Bauer von einem Wachbediensteten der Goldmine außerhalb seiner Dienstzeit getötet.

Misereor unterstützt seit langem die Diözese San Marcos bei ihrem Engagement für die arme Hochlandbevölkerung. Ihr couragierter Bischof Álvaro Ramazzini erhielt Anfang 2005 sogar Morddrohungen für seinen Einsatz gegen das Goldprojekt Marlin. Seitdem muss er permanent Begleitschutz von einer Sicherheitsgarde in Anspruch nehmen.

Die Umweltorganisation **Colectivo Madre Selva** hat unter Leitung von **Magali Rey Rosa** die Organisation des Widerstands der betroffenen Bevölkerung von Sipacapa maßgeblich begleitet und ein indigenes Referendum am 18.6.2005 unterstützt, bei dem sich eine überwältigende Mehrheit von 99% der Lokalbevölkerung gegen den Goldbergbau auf ihrem Territorium ausgesprochen hat.

¹ El Periódico, 2.11.2004. www.albedrio.org/htm/noticias/ep021104.htm.

² Statistik des Ministerio de Energía y Minas (MEM), März 2005.

Obwohl das Bergbauunternehmen Glamis Gold/ Montana und das guatemaltekische Bergbauministerium die Legalität dieses selbstorganisierten Referendums anzweifelten, hat am 6.4.2006 der Oberste Verfassungsgerichtshof abschließend beschieden, dass die Volksbefragung legal war und somit Gültigkeit hat. Wie im Fall der Goldmine Marlin nun weiter verfahren wird, davon wird Magalí Rey Rosa aus erster Hand bei ihrem Besuch beim Paralleforum des EU-Lateinamerika-Gipfels in Wien berichten.

Ulrike Bickel, MISEREOR-Menschenrechtsreferentin, 8.4.2006